

Koalition weist ausgestreckte Hand zurück

Landrat Robert Fischbach wirft der SPD im Kreistag Doppelzüngigkeit vor

Marburg (vo). Heftigen Streit hat es im Kreistag um die Finanzen gegeben. Die SPD wollte am Entstehen des Haushaltssicherungskonzeptes beteiligt werden, die Koalition mit Landrat Robert Fischbach an der Spitze (CDU) lehnte das strikt ab.

Die SPD hatte unter anderem angeregt, einen interfraktionellen Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung zu gründen. Ein Ziel war die laut SPD vom Regierungspräsidenten als Haushaltsaufsicht geforderte Neustrukturierung des Haushaltssicherungskonzeptes. Ein weiteres, die vom Landrat bereit angekündigte Erhöhung der Kreisumlage im kommenden Haushalt zu vermeiden.

Michael Richter-Plettenberg (SPD), der auch Bürgermeister in Amöneburg ist, betonte, das Konzept solle dadurch endlich die Bedeutung bekommen, die ihm zustehe und nicht ein Anhängsel des Haushaltes sein. Im nächsten Jahr, betonte er, würden die Einnahmen des Landkreises steigen. Vor diesem Hintergrund sei es eine Zu-

mutung, dass der Kreis einerseits einen Offenbarungseid leiste und andererseits Prestigeobjekte hochziehe.

FDP-Frau Angelika Aschenbrenner unterstützte die SPD in ihrem Ansinnen und betonte, es sei sinnvoll, gemeinsam der Kommunalaufsicht entgegenzutreten.

Stadtallendorfs Bürgermeister Manfred Vollmer, finanzpolitischer Sprecher der CDU, wies hingegen Vorwürfe mangelnder Finanzkompetenz gegen den Kämmerer zurück. Der Landkreis stehe im hessischen Ranking auf Platz drei und das angehäuften Defizit der Vergangenheit bleibe, egal was komme. Und das bedeutet „wir müssen sparen“, so Vollmer.

Die Opposition, betonte er, habe zwei Monate Zeit, sich

nach der Einbringung mit dem Haushalt zu beschäftigen und Sparvorschläge zu machen. Das sei in der Vergangenheit nicht wahrgenommen worden. Beschlüsse der SPD verursachten hingegen nur Kosten, sagte Vollmer und nannte als Beispiel das Schulbiologiezentrum in Biedenkopf, das die SPD um jeden Preis erhalten wolle.

Der ganze Prozess, so Vollmer, werde durch das Ansinnen der SPD mit zusätzlichen Sitzungen belastet, bei denen ohnehin nichts herauskomme. Er riet der SPD, sich vielmehr am intensiven Prozess der Haushaltsberatungen zu beteiligen.

Norbert Schüren (SPD) fragte hingegen: Warum können wir nicht parteiübergreifend miteinander reden? Habe er zu

entscheiden, so Schüren, würde er einen offenen Dialog und eine Koalition der Vernunft machen.

Bereits im Haupt- und Finanzausschuss hatte sich Schüren verwundert gezeigt, warum der Landrat die ausgestreckte Hand der Opposition in dieser Frage nicht annehme.

Ganz kritisch gab sich dann Linken-Fraktionsvorsitzende Anna Hofmann, die das gesamte Haushaltssicherungskonzept als Farce bezeichnete. Die Notwendigkeit eines Arbeitskreises sah sie nicht, offene Fragen könnten auch in den Ausschüssen geklärt werden.

Auch Grünen-Fraktionschefin Sandra Laaz vertrat die Meinung, dass die Fraktionen in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses alle Möglichkeiten hätten, sich einzubringen.

„Sie tun so, als könnte der Kreisausschuss verhindern, dass die Kreisumlage erhöht wird“, konterte anschließend Landrat Robert Fischbach in Richtung SPD. Fischbach erläuterte, dass der Kreis im kommenden Jahr zwar mehr einnehme, das Defizit von rund 28

Millionen Euro aus diesem Jahr aber bleibe. Er werde es nicht soweit kommen lassen, so der Landrat, dass der Regierungspräsident ihn anweise, die Kreisumlage zu erhöhen, sondern dies selbst dem Kreistag vorschlagen.

■ Zustimmung ist möglich

Zum Antrag der SPD und der „ausgestreckten Hand“ sprach Fischbach von einer Scheinhand.

In der Vergangenheit habe es kaum Sparanträge der SPD gegeben. Sie habe auch das Tagungsgebäude, das anstelle des Kreistagssitzungssaales entstanden ist, mitgetragen durch die Zustimmung zum Kreishaushalt 2010 und rede jetzt von Prestigeobjekten. „Sie dürfen sich nicht wundern, wenn wir einer derartigen Hilfe nicht vertrauen“, so Fischbach.

Und wenn ein Antrag der SPD zum Haushalt komme, der Sinn mache, dann „werden wir dem auch zustimmen“, so Fischbach abschließend.

Haushaltssicherungskonzept

Ein Haushaltssicherungskonzept ist laut Gemeindeordnung erforderlich, wenn der Haushalt einer Kommune nicht ausgeglichen werden kann, d. h. die Ausgaben die

Einnahmen übersteigen. Dieses Konzept muss festlegen, wo Einsparungen möglich werden. Außerdem ist der Haushalt von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen.